

Kampf und Kaffee im Cauca

Kolumbien: Vor Präsidentschaftswahl berichten indigene Aktivisten über die Lage in der Region und eigene Projekte gegen Kokaanbau

Von Frederic Schnatterer

Die Präsidentschaftswahl Kolumbiens wird auch im Cauca entschieden. Wenn es in knapp einem Monat in der ersten Runde darum geht, wer die Nachfolge von Linkspräsident Gustavo Petro antreten wird, stehen sich nicht zuletzt zwei Frauen aus dem südwestlichen Departamento gegenüber. Gegensätzlicher könnten die Kandidatinnen dabei kaum sein. Sie stehen sinnbildlich für eine Region, die wie im Brennglas die in Kolumbien vorherrschenden Ungerechtigkeiten und Probleme wie auch den Kampf der historisch Ausgeschlossenen sichtbar macht.

Für den ultrarechten Centro Democrático tritt die Hardlinerin Paloma Valencia an. Ihr Ziel ist es, die oppositionellen Stimmen auf sich zu vereinen – ein Unterfangen, das nicht einfach werden dürfte. Valencia stammt aus Popayán, der Hauptstadt des Cauca. Zu Zeiten der spanischen Kolonialherrschaft war »die weiße Stadt« von großer Bedeutung. Valencia ist Enkelin eines Expräsidenten sowie Urenkelin eines Gouverneurs und Ministers. 2015 schlug sie vor, das Departamento zweizuteilen: in einen mestizischen und einen indigenen Teil. Mittlerweile distanziert sich die Präsidentschaftskandidatin von der Aussage.

Echte Veränderungen

Der Vertreterin der traditionellen Eliten steht Aida Quilcué entgegen. Quilcué ist Vizekandidatin von Iván Cepeda, der für den linken Pacto Histórico die Nachfolge von Petro antreten möchte und alle Umfragen deutlich anführt. Sie kommt aus der indigenen Gemeinde Piçkwe Tha Fiw, gehört zum Volk der Nasa und setzt sich seit Jahrzehnten für ein Ende der Gewalt und für Gerechtigkeit ein. 2008 führte sie mit dem Indigenen Regionalrat des Cauca (CRIC) die wichtige Protestbewegung Minga an, seit 2022 sitzt sie im Senat. Der CRIC kämpft seit 1971 für die Rechte der großen indigenen Bevölkerungsgruppe des Departamento und ist heute eine der wichtigsten Stimmen für Frieden und soziale Gerechtigkeit in Kolumbien.

Nini Daza sitzt als einzige Frau im Obersten Rat des CRIC. Sie nennt Quilcués Kandidatur eine »Anerkennung für die Indigenenbewegung des Cauca«. Gleichzeitig betont Daza: »Uns geht es jedoch nicht nur um die Wahlen. Wir wollen wirkliche Veränderungen, für das ganze Land: die Kleinbauern, die Afros und alle sozialen Gruppen, die für die ihnen zustehenden Rechte kämpfen müssen.« Die Nasa-Anführerin ist Mitte April gemeinsam mit dem

Agraringenieur Manuel Bustos nach Deutschland gekommen, um über die Lage im Cauca, die Indigenenbewegung und eigene Projekte zu sprechen.

»Unser Departamento ist sehr reich«, erklärt Daza. Der Cauca sei geprägt von einer hohen Biodiversität, die klimatischen Bedingungen seien für den Anbau von Obst, Gemüse, Zuckerrohr, Kaffee und viele andere Agrarerzeugnisse bestens geeignet. »Allerdings werden auch Kokapflanzen in großem Stil angebaut. Meist aus der Not heraus und weil es keine Alternativen gibt.« Für die betroffenen Gemeinden und Familien, so Daza, sei das sehr schädlich. »Die illegalen Ökonomien bringen eine ganze Reihe an bewaffneten Gruppen mit sich, die untereinander um Kontrolle und Macht kämpfen«, erklärt die Aktivistin. Ihnen gehe es darum, die Anbauflächen zu kontrollieren und so ihre Gewinne zu vergrößern.

Trotz der genannten Umweltbedingungen ist das Departamento Cauca eine der ärmsten Regionen Kolumbiens und historisch von großer Ungleichheit geprägt. Besonders indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften, aber auch mestizische Kleinbauern haben wenig Zugang zu den fruchtbaren Böden, die sich bis heute in den Händen einer kleinen weißen Oberschicht befinden. Schon früh entstanden daher Widerstandsbewegungen, die für eine gerechte Landverteilung und politische Emanzipation kämpften – teilweise mit Waffengewalt. Praktisch alle Guerillaorganisationen, die Kolumbien seit den 1960er Jahren geprägt haben, waren im Cauca aktiv, darunter die FARC-EP, die ELN und zeitweise die indigene Selbstverteidigungsgruppe »Quintín Lame«.

Zwischen den Fronten

Der Großvater von Paloma Valencia, Guillermo León Valencia (1962–1966), befahl als Staatschef 1964 die Niederschlagung mehrerer Kleinbauernrebellionen. Die kolumbianische Armee rückte gegen sogenannte freie Republiken im Land aus, die von spärlich bewaffneten Bauern ausgerufen worden waren. Aus der Operation ging die FARC-Guerilla hervor, nachdem die Rebellierenden aus Marquetalia im Departamento Tolima vor der Armee fliehen mussten. Die offizielle Gründung der Gruppe wurde in Riochiquito im Cauca vollzogen.

Im September 2016 unterzeichneten der kolumbianische Staat und die bis dato größte Guerillaorganisation FARC-EP einen Friedensvertrag. In der Folge gaben Tausende Kämpfer ihre Waffen ab und begaben sich wieder ins »zivile Leben«. Ein Ende des bewaffneten Konflikts bedeutete der Schritt für das Land allerdings nicht. Vielmehr stießen neue Gruppierungen in die zuvor von der Guerilla kontrollierten Gebiete vor, darunter auch solche ehemaliger Kämpfer, die von den nicht eingelösten Versprechen enttäuscht waren. Besonders aktiv ist im Cauca heute die FARC-Dissidenten-Gruppe »Estado Mayor Central«.

»Wenn die bewaffneten Gruppen um Kontrolle und Einfluss kämpfen, geraten wir Gemeinden zwischen die Fronten«, sagt Daza. »Die Folge sind Menschenrechtsverletzungen: Unsere Anführer werden bedroht, da sie den Interessen der Drogenbanden im Wege stehen. Wir werden vertrieben und ermordet.« Gerade in den vergangenen Monaten habe sich die Situation zugespitzt. »Die Anbauflächen für Kokapflanzen sind größer geworden, es

kommt vermehrt zu Zwangsrekrutierungen unserer Minderjährigen, wir werden bedroht und getötet«, erklärt sie.

Als Petro 2022 das Präsidentenamt übernahm, kündigte er eine Friedensinitiative mit dem Namen »Paz Total« an. Verhandelt werden sollte mit allen bewaffneten Akteuren im Land. Einhergehen sollte die Initiative mit einer Politik, die die strukturellen Ursachen der Gewalt angeht, darunter soziale Ungleichheit, mangelhafte staatliche Präsenz in den oft abgelegenen Regionen und die gescheiterte Drogenpolitik. Fast vier Jahre nach Petros Amtsantritt ist die Bilanz des »totalen Friedens« widersprüchlich. Während in Verhandlungen mit einzelnen Akteuren Erfolge erzielt werden konnten, ist die Gewalt im Land keineswegs verschwunden. Erst vergangene Woche veröffentlichte das Friedensforschungsinstitut Indepaz Zahlen, laut denen in den ersten drei Monaten 2026 bereits 35 Massaker an Zivilisten verübt wurden. Dabei wurden 133 Personen umgebracht.

Daza führt an, dass die Petro-Regierung von Beginn an nur über begrenzte Möglichkeiten verfügt habe, die Verhältnisse grundlegend zu verändern. Sie sagt: »So viele Jahrzehnte rechter Regierungen haben in praktisch allen staatlichen Institutionen Spuren hinterlassen. Gegen diese Widerstände anzukämpfen ist für einen Präsidenten sehr schwer.« Auch wenn es Fortschritte bezüglich Fragen der Rechtssicherheit für die indigenen Gemeinschaften gegeben habe, seien die konkreten Auswirkungen auf das Leben im Cauca überschaubar. Aus dem Grund sei es um so wichtiger, dass Organisationen wie der CRIC eigene Projekte formulierten und deren Realisierung vorantrieben.

Mehr Selbstverwaltung

Ein solches Projekt ist der vom CRIC geförderte Anbau von Kaffee in selbstverwalteten Kooperativen. Dieser wird dann unter anderem durch den Kollektivbetrieb Aroma Zapatista aus Hamburg in Deutschland vertrieben. »Wir wollen damit die Wirtschaft unserer Gemeinden und unserer Familien stärken«, sagt Daza. So stehe das Projekt in direktem Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Kokaanbau: »Wir haben erkannt, wie wichtig es ist, die wirtschaftliche Not unserer Familien zu minimieren. Sie ist es, die allzu oft dazu führt, dass sie sich auf den Kokaanbau einlassen.« Letztlich, so die oberste Rätin des CRIC, könne so die Gewalt im Cauca reduziert werden.

Der Agraringenieur Manuel Bustos arbeitet für die Indigene Zentralkooperative des Cauca (Cencoic), die zum CRIC gehört und den Kaffeeanbau koordiniert. Auch er sagt: »Wir wollen den Kokaanbau eindämmen. Jeder Hektar, auf dem Kaffee angebaut wird, ist einer weniger für den Drogenanbau. Jeder Jugendliche, der vom Kaffeeanbau leben kann, ist ein Kämpfer weniger für die bewaffneten Gruppen.« Denn Kaffee komme eben nicht einfach so aus einer Maschine, sondern sei Ergebnis eines ganzen Prozesses mit eigener Geschichte und sozialen Auswirkungen auf das Leben der Anbauenden.

Darüber hinaus gehe es darum, das Bild des Cauca zu verändern. Daza klagt: »Sowohl in Kolumbien selbst als auch im Ausland werden wir als Kokabauern, als Drogenhändler und Guerillakämpfer dargestellt.« Dem halte die Indigenenbewegung des Cauca mit Projekten wie dem Kaffeekollektiv ihre Vorstellung eines Friedens entgegen, der wirklich von der Basis aus aufgebaut

werde. »Wir haben schon immer gekämpft: gegen Regierungen, für unsere Gebiete, für unsere Mutter Erde. Und das werden wir auch weiterhin tun«, sagt Daza. Eine Vizepräsidentin Quilcué, die an der Seite der Ausgeschlossenen steht, wäre dabei sicher hilfreich.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521819.kolumbien-kampf-und-kaffee-im-cauca.html>